Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 7

Artikel: Bemerkungen zur Lage der Schweiz
Autor: Zopfi, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158772

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vorbemerkung.

Wir veröffentlichen im Folgenden zwei Aufsätze, die sich mit der schweizerischen Zukunft befassen. Als interessante Beiträge möchten wir sie unsern Lesern zur Kenntnis bringen, ohne natürlich die verschiedenen darin vertretenen Auffassungen oder Anregungen ohne weiteres zu übernehmen.

Dagegen scheint uns allerdings die Bewegung zur Totalrevision der Bundesverfassung dringlich zu sein, und eines ihrer Hauptpostulate — die Beseitigung des Proporzes — möchten wir aus Überzeugung vertreten.

Die Schriftleitung.

Bemerkungen zur Lage der Schweiz.

Von **Hans Zopfi.**

I. Politische Situation.

Den Schweizern rühmt man realistisches Denken nach. Man sagt von ihnen, daß sie sich als wirtschaftende Menschen rasch den veränderten Umständen anpassen können, im In- und Auslande. Bekannt sind wir als gute Kaufleute, gute Techniker, vorzügliche Arbeiter, sparsame Haushalter; wir ließen uns jahrzehntelang rühmen als nüchterne Bürger.

Es wird aber nicht behauptet werden können, wir hätten in den vergangenen Jahren sehr viel Nüchternheit und sehr viel Verständnis für europäische Realitäten, — „Umstände" und Gegebenheiten — an den Tag gelegt, insofern wir die schweizerische Presse als Sprachrohr der öffentlichen Meinung unseres Landes anerkennen. Der Schreiber dieser Zeilen befand sich vor Jahresfrist mit seiner sachlichen Anerkennung der deutschen Kraft und Macht und der Erkenntnis der inneren Schwäche des französischen Staates in einer Minderheit, die nicht viel zu „bestellen" hatte! Einige Zeit lang — bis zum Zusammenbruch Frankreichs — gaben bei uns die politischen Mystiker den Ton an. Es scheint heute der Augenblick gekommen zu sein, in klaren Worten, ohne vaterländisches Pathos, Tatsachen unserer politischen Lage klar- und festzustellen. Unser Volk ist lebenstüchtig — zum mindesten der beste Teil seiner männlichen und weiblichen Jugend ist es — und ein lebenstüchtiges Volk lebt nicht von Illusionen; es kann sich nicht geistig und materiell aus Illusionen ernähren; es kann nicht weiterleben im Dunstkreis der Politik des „als ob".

Vorab sei festgestellt, daß die militärisch-politische Entwicklung in Europa seit dem 1. September 1939 nicht den Verlauf genommen hat, den die „öffentliche Meinung" unseres Landes, wie sie in der Mehrzahl der politischen Zeitungen zum Ausdruck kam, als sicher annahm. Die korrekte

Neutralitätspolitik unseres Landes stand schon vor dem Kriegsausbruch in einem unverkennbaren Gegensatz zu der Haltung der Presse im allgemeinen. Dazu sind aber zugleich zwei Feststellungen zu machen: Die Sympathie für die „westlichen Demokratien" war im Großteil der Presse nicht mit einer Feindschaft gegen bestimmte Völker verbunden; dann war die Stimmung des Volkes viel weniger einheitlich, als der fast gleichen Tonart der Presse entsprochen hätte. Vor allem hatte im Landvolk — und das muß in der Schweiz letzten Endes entscheiden — die Politik der Sentiments und Ressentiments, wie sie in den von städtischen Intellektuellen geleiteten Presse vorherrschte, noch nicht allzu feste Wurzeln gefaßt; die materiellen Interessen waren ja auch nicht die gleichen!

* * *

Der Zusammenbruch Frankreichs ist bis jetzt das für die Schweiz entscheidende Ereignis des Jahres 1940. Er kam, so dürfen wir sagen, wenn wir die Wenigen ausnehmen, die sich ein eigenes Urteil gestatten konnten, für unser Volk und für unseren Staat unerwartet. Heute wissen wir alle, warum Frankreich zusammenbrach; die Gründe seines Zusammenbruchs waren den Wissenden, also einer Minorität, allerdings schon lange vor dem Kriege bekannt. Aber man galt im Mai dieses Jahres als nicht vollwertiger Demokrat und Eidgenosse, wenn man die konstitutionellen und strukturellen Krankheiten Frankreichs, der Dritten Republik, offen darlegte. Erschütternd wirkte in den vergangenen Monaten auch die Einsichtslosigkeit gewisser schweizerischer Historiker, die plötzlich vergaßen, daß die schweizerische Demokratie herausgewachsen ist aus der bäuerlichen Markgenossenschaft, in der der freie Bauer als Gleichberechtigter neben den andern freien Bauern und Markgenossen stand und daß gewisse „Formen und Formeln" nicht genügen, eine gemeinsame Ideologie „demokratischer Staaten" zu schaffen.

Vor einigen Monaten durfte man in unserem Lande nichts sagen vom kranken französischen Volkskörper, von der Korruption des französischen Parlamentes, der französischen Verwaltung, dieser ganzen Dritten Republik; man durfte nichts sagen von der Seuche des Egoismus, und der öffentlichen und geheimen Unsittlichkeit, an der das französische Volk, überaltert, überfremdet, arm an Kindern, unfähig, seinen fruchtbaren Boden zu bebauen, krank, vielleicht todkrank, darniederlag. Heute sind diese Krankheiten und Zerfallserscheinungen in Frankreich Tatsachen, die jedermann gekannt haben will!

Der plötzliche Zusammenbruch Frankreichs hat die militärische und politische Lage der Schweiz von Grund aus verändert. Das europäische Gleichgewicht ist zerstört. Auf dem europäischen Kontinent — und nur er kommt heute politisch und wirtschaftlich für uns in Frage — bestehen heute, neben der russischen Macht, nur zwei Mächte mit eigener souveräner Außenpolitik; es sind dies die engverbundenen Großreiche Deutschland und Italien. Die Schweiz

aber gehört dem nord- und mitteleuropäischen Wirtschaftsraum an. Wenn sie eine Aufgabe in ihm zu erfüllen hat — und wir hoffen bestimmt, daß sie die Kraft und Wendigkeit hat, sich in diesem Raum zu behaupten —, so ist es die, als Hüterin der Alpen den Austausch materieller und ideeller Werte aus dem nord- und mitteleuropäischen Raum in den Mittelmeerraum der wiedererstandenen römischen Macht zu ermöglichen und umgekehrt. Sie selbst aber gehört dem mittel- und nordeuropäischen Raum an, dessen Vormacht das deutsche Großreich ist. Sich in diesem Raume politisch unabhängig zu erhalten unter Formen, die dem Wesen unseres Volkes entsprechen — *das* ist die große Aufgabe *unserer* Generation. Die Schweiz kann sich der autoritären Umwelt nicht gleichschalten, auch wenn sie wollte. Die eidverschworenen Gemeinwesen zwischen Jura und Alpen und darüber hinaus sind Gemeinwesen mit eigenem Leben und keine Provinzen, die man abtreten kann. Gewiß sind kantonale Staatsgedanken heute nicht mehr möglich; wie sollte z. B. Zug, das mehr niedergelassene Schweizerbürger als Kantonsbürger innerhalb seiner Grenzen beherbergt, einen zugerischen Staatsgedanken verwirklichen können? Als Wirtschaftsgebiet ist die Schweiz schon klein genug; die notwendige Leitung und Planung der schweizerischen Wirtschaft kann nur eidgenössisch erfolgen. Die Kantone aber — und die Gemeinden — sind die Gemeinwesen, die sich selbst verwalten, wo der Bürger *unmittelbar* an den Staatsgeschäften teilnehmen kann. Da der Schweizer nicht leben kann ohne reich zugemessene geistige Individualspäre, so wird er nie auf diese Selbstverwaltung und kantonale Eigenständigkeit verzichten können und verzichten dürfen.

Im Jahre 1815 erklärten die europäischen Mächte, nach der Liquidation der napoleonischen Epoche, die schweizerische Neutralität liege im Interesse ganz Europas. Das Ergebnis der Friedensschlüsse von 1813 und 1815 war die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes. *Dieses* europäische Gleichgewicht war die reale Voraussetzung der schweizerischen Neutralität von 1815—1914. Heute ist Europa etwas ganz anderes... Die europäischen Mächte der Neutralitätsakte von 1815 existieren heute nicht mehr. Frankreich ist als Subjekt der europäischen Politik ausgeschaltet worden. Gewiß, Veränderungen dieses Zustandes sind möglich; wir haben aber praktische schweizerische Politik zu treiben, die sich *nur* mit den Realitäten des Tages abgibt; Wechsel auf die Zukunft dürfen von uns und werden von andern nicht honoriert werden. Wichtig ist für uns allein die heutige Lage und nicht ein möglicher Zustand in einer fernen Zukunft. Und wichtig ist für uns nur die Tatsache, daß Deutschland und Italien auch in diesem Kriege wiederholt erklärt haben, daß sie die schweizerische Neutralität anerkennen. Das deutsche Staatsoberhaupt erklärte förmlich, daß die schweizerische Neutralität eine europäische Lebensnotwendigkeit sei. Deutschland erklärt durch den Mund seines Führers, die Schweiz nicht angreifen zu wollen, ihren territorialen Bestand zu respektieren, so lange sie sich als Staat so aufführe, daß sie diesen Respekt durch genaue Befol-

gung der völkerrechtlichen Neutralitätspflichten rechtfertige. Es darf angenommen werden, daß diese Erklärung auch heute noch gilt, da der europäische Kontinent in politische und wirtschaftliche Großräume aufgeteilt ist. (Die Tatsache, daß diese europäischen Großräume noch einen Kampf gegen das britische Weltreich auszukämpfen haben, ändert nichts daran, daß die Eidgenossenschaft mitten in diesem kämpfenden Kontinent drin steckt!)

Wir stellen heute, im Herbst 1940, fest, daß die schulgerechte Neutralität, wie sie in der Geschichte als Äußerung unseres staatlichen Willens in Erscheinung trat, heute nicht mehr in Erscheinung treten kann. Denn es existieren auf dem europäischen Festlande zur Stunde nicht mehr zwei Kriegsparteien, die wir beide gleich gut behandeln müssen, denen wir keinen Vorschub leisten dürfen, weder der einen, noch der andern. Sondern es besteht nur eine ungeheure Macht, die unsere wirtschaftliche Existenz bestimmen wird. Es zeigte ein großes Maß von Fähigkeit, der Wirklichkeit gerecht zu werden, daß der Bundesrat am Tage der französischen Kapitulation eine teilweise Demobilmachung unserer Armee anordnete. Dieser Entschluß bedeutete, man muß das heute sagen, eine Abkehr von einer außen- und militärpolitischen Konzeption, die in unserer öffentlichen Meinung seit der Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich zu dominieren begann. Mit diesem Entschluß kehrte man zurück zur klassischen, man möchte fast sagen, orthodoxen Auffassung der Rolle und Aufgabe der Schweiz in Europa und zurück zur alten Lehre von der Neutralität, nach welcher diese nur dann in Erscheinung treten kann, wenn zwei Nachbarstaaten in einem Kriege sich befinden.

Vielfach wurde noch im Mai dieses Jahres die Auffassung vertreten, daß der Eintritt Italiens in den Krieg an der Seite Deutschlands für uns eine akute Gefahr kriegerischer Verwicklung bedeute. Der Schreiber dieser Zeilen war nie dieser Ansicht. Er vertrat im Gegenteil die Auffassung, daß der Eintritt Italiens in den Krieg nur an der Seite Deutschlands erfolge und zwar erst in dem Momente, da der Ausgang des Ringens auf dem Kontinent nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Und in diesem Momente lag der typische Fall der Möglichkeit der Verletzung des schweizerischen Territoriums nicht mehr vor, denn die eine der Fronten war schon derart erschüttert, daß eine Diversion über schweizerisches Gebiet von keiner der kriegführenden Parteien vernünftigerweise zu befürchten war.

Die militärpolitische Situation der Eidgenossenschaft veränderte sich im Frühsommer 1940 in einer Art, wie sie von allen denjenigen, die dem Auslande gegenüber als Wortführer unserer öffentlichen Meinung auftraten, niemals vorausgesehen wurde. Daß aus dieser Entwicklung gewisse weitere militärpolitische Konsequenzen gezogen werden müssen, liegt auf der Hand. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier festzustellen, ob sie wirklich gezogen worden sind.

* * *

Unsere schweizerische Aufgabe ist: Leben, frei leben, nach eigenen Gesetzen leben. Die Eidgenossenschaft ist ein Sonderfall in der Geschichte; sie ist kein Nationalstaat, sondern sie ist eine einmalige, durch einen Eid verbundene Genossenschaft, die durch ihre Verfassung nur nach außen eine Einheit ist. In dieser Eidgenossenschaft fehlt die Einheit der Abstammung, des Herkommens, der Sprache; sie besteht nur kraft des in ihrer Geschichte erhärteten Willens zur Selbstbestimmung, zur Freiheit. Wir haben schon seit Jahrhunderten, schon im Europa der Mittel- und Duodezstaaten, auf jede räumliche Ausdehnung verzichtet. Aber wir sind „konstitutionell", wenn man so sagen darf, nicht in der Lage, selbst wenn wir wollten, einen einzigen Eidgenossen, eine einzige Gemeinde aus unserem Verbande zu entlassen; eine solche Entlassung widerspräche dem Charakter der eidverbundenen Genossenschaft. Im Jahr 1920 waren wir allerdings während kurzer Zeit bereit, dieses fundamentale Gesetz der neutralen Eidgenossenschaft zu verletzen, damals, als wir mit dem Anschluß des Vorarlberg liebäugelten. Wo stünden wir jetzt, wenn wir den Anschluß des Vorarlberg mit Zustimmung der damaligen Siegermächte verwirklicht hätten und damit die Mitnutznießer der Niederlage der Zentralmächte von 1918 geworden wären? Die Frage stellen, heißt sie für Urteilsfähige beantworten. Die Demütigung, die aus dieser „Vorarlbergerverirrung" uns sicher gewartet hätte, ersparten uns die Siegermächte von 1918 dadurch, daß sie den Anschluß verhinderten. Denn an einen Anschluß im Widerspruch zur Entscheidung der damaligen europäischen Großmächte kann nur der glauben, dessen geistige Welt sich von aller Wirklichkeit losgelöst hat.

II. Zur wirtschaftlichen Situation.

Dank der kriegswirtschaftlichen Vorsorge spüren wir heute die Blockade des europäischen Kontinents durch die seebeherrschenden Mächte — denn daran beteiligen sich die Vereinigten Staaten von Amerika bereits in beträchtlichem Maße — noch nicht empfindlich. Aber die Tatsache, daß wir seit Ende Juni kein Brotgetreide mehr ins Land bekommen, illustriert unsere Lage deutlich. Durch diesen Unterbruch oder diese ganz bedeutende Erschwerung unserer Lebensmittelzufuhr ist die Aufgabe unserer Landwirtschaft riesengroß geworden. Noch ist unserem Volke in den Städten gar nicht so recht zum Bewußtsein gekommen, daß 80 % unseres Lebensmittelbedarfs heute durch die Arbeit unserer eigenen Landwirtschaft gedeckt werden müssen und tatsächlich auch gedeckt werden. Heute ernten wir die Früchte einer von liberaler Seite stets bekämpften Landwirtschaftspolitik des Bundes seit Beginn dieses Jahrhunderts. Nur soviel sei in diesem Zusammenhang gesagt: Ohne Hebung der inländischen Bodenkultur durch staatliche Subventionen in der langen Friedenzeit und ohne, notabene verfassungswidrigen, Zollschutz unserer Agrarprodukte, wäre diese Leistung der Landwirtschaft heute unmöglich. Man kann also sagen, daß

die landwirtschaftlichen Subventionen recht eigentlich den Hunger von unseren städtischen Gemeinwesen ferngehalten haben. Für den Bezug der Rohstoffe für unsere Schwerindustrie — Kohlen, Petroleum, Eisen, Stahl usw. — sind wir ganz auf das Wohlwollen unseres nördlichen Nachbarn angewiesen. Unsere Schwerindustrie, d. h. unsere Maschinenindustrie, wird in der Zukunft einen schweren Absatzkampf gegenüber der deutschen Industrie auszufechten haben. Unsere Textilindustrie wird sehr große Schwierigkeiten haben, Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen; denn für sie wird sich die Blockade sehr bemerkbar machen. Für die Uhrenindustrie und den Fremdenverkehr, eigentliche Luxusindustrien, sind die Aussichten unerfreulich.

Der Ausgang des Kampfes Deutschlands und Italiens gegen das britische Weltreich ist sicherlich heute noch zweifelhaft; nicht zweifelhaft ist aber, daß wir eine Landung englischer oder amerikanischer Truppen auf dem Festlande heute nicht in Rechnung setzen dürfen. Deshalb haben wir mit der Blokade und mit der Einschränkung unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit als mit vorläufig unabänderlichen Tatsachen zu rechnen.

Es wird sich in unserem Lande daher sehr bald die Notwendigkeit aufdrängen, an eine Reduktion unseres industriellen Oberbaues, und unserer Exportwirtschaft überhaupt, heranzugehen. Ungeachtet aller gemäßigten Autarkiebestrebungen unseres Landes entspricht unsere gegenwärtige nationale Wirtschaft nicht dem, was man heute die „natürlichen Gegebenheiten" zu nennen pflegt. Denn diese „natürlichen Gegebenheiten" widersprachen von jeher in unserem Lande einer industriellen Exportwirtschaft, wie sie das 19. Jahrhundert hervorbrachte und wie sie nötig ist, damit wir heute 4 Millionen Menschen auf unserem Territorium beim Leben erhalten. Diese industrielle Exportwirtschaft konnte nur so lange lebenskräftig bleiben, so lange der freie Markt in aller Welt dem Wettbewerbe offen blieb, einem Wettbewerbe, den man mit besserer Qualität gewinnen konnte. Die Organisation einer kontinentalen Wirtschaft zwingt uns, wie Frankreich, einen teilweisen Rückzug auf den landwirtschaftlichen Sektor unserer Wirtschaft auf. Nach einer Eingliederung in den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum besteht nun allerdings die Hoffnung, daß wir an der Ausbeutung und an der rationellen Kolonisierung überseeischer Gebiete als Glied dieses mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes teilnehmen können. Wir werden wahrscheinlich eines Tages genötigt sein, statt Maschinen Menschen zu exportieren.

Die Verengerung unseres eigenen Wirtschaftsraumes müßte uns nun, oberflächlich betrachtet, dazu führen, auf allen Gebieten des Verbrauches einzusparen, was nur irgendwie möglich ist. Auf den ersten Blick, also oberflächlich betrachtet, müßte sich uns nach der heutigen wirtschaftlichen Situation des Landes eine Herabsetzung des Lebensstandardes aufdrängen. Solchen allgemeinen Einschränkungen des Verbrauchs steht nun aber

das legitime Begehren aller wirtschaftenden Menschen in unserem Lande gegenüber, daß gerade heute das wirtschaftliche Leben innerhalb unserer Grenzen nicht gedrosselt, sondern möglichst angeregt werde. Zweck staatlicher Wirtschaftsleitung wird es deshalb sein, nicht eine schematische Herabsetzung des Lebensstandards herbeizuführen, sondern durch Erziehung und Lenkung des einzelnen Verbrauchers, hinsichtlich der Bewertung und Bedeutung der persönlichen Bedürfnisse, den Verbrauch zu regulieren.

Es kann nicht die Rede davon sein, daß wir inmitten Europas eine wirtschaftsliberale Insel bleiben können. Würden wir versuchen, uns in dieser Beziehung nicht anzupassen, so wäre ein völliger wirtschaftlicher Zusammenbruch des Landes, gefolgt von der Vernichtung vieler Existenzen, unvermeidlich.

III. Anpassen und Umlernen.

Heer und Volk, so kann man heute sagen, sind gegenwärtig mit einem religiösen Eide auf eine Verfassung verpflichtet, die für die praktische Politik des Landes wenig Bedeutung mehr hat. Pierre Grellet schrieb jüngst in der „Gazette de Lausanne", daß die Verfassung von 1874 eigentlich nur mehr historische Bedeutung habe. Der Bundesrat hat Vollmachten von der Bundesversammlung erhalten, die ihm erlauben, nach außen und nach innen als starke Regierung aufzutreten. Noch keine Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft, vielleicht mit Ausnahme der Direktorialregierung Laharpe während der Helvetik, verfügte über eine solche Machtvollkommenheit wie der heutige Bundesrat. Gewiß muß er einen Teil der Macht mit dem Oberbefehlshaber der Armee teilen. Aber es steht in seinem Belieben, ob er auch diese Einschränkung seiner Macht weiter dulden will. Das Parlament ist seit Monaten in den Hintergrund getreten; es ist fraglich, ob es heute auch nur seine Kontrollbefugnisse auszuüben in der Lage ist. Politische Parteien und Parlament sind froh ob jeden Vertrauensbeweises, der ihnen von der eidgenössischen Regierung erwiesen wird; davon, daß sich der Bundesrat auf das Vertrauen des kritischen Parlamentes stützen muß, ist keine Rede mehr, obwohl dieses Parlament Wahlbehörde des Bundesrates und oberste Behörde des Landes geblieben ist*). Dieser exzeptionelle Zustand kann noch einige Zeit andauern; verewigen läßt er sich allerdings nicht. Die Erneuerungsbewegungen verschiedener Bünde und Ligen sind ein Zeichen dafür, daß man die Unhaltbarkeit dieses Regierungssystems nach und nach in weiten Kreisen des Volkes einsieht. Ein weit verbreitetes Unbehagen kennzeichnet die Stunde..... Was nun die „historischen" politischen Parteien anbelangt, zu denen wir in unserem Lande auch die Sozialdemokratie rechnen müssen, so muß hiezu

*)Anmerkung der Schriftleitung: Der Aufsatz ist vor Erledigung der „Audienzangelegenheit" geschrieben worden.

das Folgende gesagt werden: Alle unsere Parteien sind Geschöpfe des 19. Jahrhunderts; sie stützen sich auf eine Weltauffassung, auf eine politische Konzeption des einzelnen Bürgers, der die liberale Revolution in ihrem Ergebnis anerkennt oder der diese Ergebnisse ganz oder teilweise ablehnt. Alle Parteien, mit Ausnahme der Standesorganisation der Bauern, leben also Kraft des Jahres 1789! Gewiß vertreten sie praktisch vielfach die Interessen gewisser Wirtschaftsgruppen; auch dürfen wir anerkennen, daß die katholisch-konservative Partei das katholische Volk als Gesamtheit vertreten hat und darüber hinaus mehr oder weniger konsequent die Interessen der katholischen Kantone innerhalb der Eidgenossenschaft. Aber es war doch das Ja oder Nein zur französischen Revolution, das diese politischen Parteien charakterisierte.

Die industrielle Entwicklung in unserem Lande hat den freien Bürger verdrängt; an seine Stelle trat die Masse der Lohnempfänger, deren wirtschaftliche Interessen politisch durch die Sozialdemokratie vertreten wurden. In der industriellen Schweiz mußte sich die Bauersame immer mehr auch politisch als geschlossener Stand etablieren, der dem übrigen Volke gegenüber und im Staate seine Rechte und Interessen verficht. Die Fiktion, als ob es Interessen und Rechte des einzelnen Staatsbürgers gäbe, die losgelöst von dessen wirtschaftlichem Status vertreten werden könnten, läßt sich heute nicht mehr aufrecht erhalten. Politische Parteien könnten sich allenfalls noch eine Existenzberechtigung sichern durch Vertretung und Verfechtung der geistigen Individualsphäre des Bürgers in einem Staate, der auch bei uns merklich zur Totalität drängt. Aber dann wären verschiedene Parteien überflüssig und eine Einheitspartei unvermeidlich. Meines Erachtens geht indessen die Entwicklung in einer andern Richtung (entsprechend der allgemeinen europäischen Entwicklung — wir machen auch hier keine Ausnahme) und zwar, vielleicht ohne daß die Parteien ihre historischen Bezeichnungen aufgeben, in der Richtung auf die politische Organisation des ganzen Volkes nach Wirtschaftsgruppen. Das heutige Parlament, bald das letzte nach westlicher Art auf dem europäischen Kontinent, kann heute offensichtlich seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen. Der Bundesrat behilft sich mit der Berufung einer Expertenkommission, eines Kronrates, der ihn berät.

Die schweizerische Demokratie kann aber ohne Volksvertretung als oberste Behörde des Landes nicht leben. Sie kann heute auch nicht leben ohne die Vertretung der historisch gewordenen Gemeinwesen innerhalb des Landes bei der Bundesgewalt. Die Parlamentsreform wird nicht nur darin bestehen können, daß wir den Proporz abschaffen, weil dessen Voraussetzung, lebendige und gesunde politische Parteien, nicht mehr vorhanden ist. Gewiß wird dieses typische Erzeugnis des politischen 19. Jahrhunderts verschwinden müssen. Auf welcher Grundlage soll nun aber das eidgenössische Parlament der Zukunft erstehen, welches wird sein Wahlkörper sein? Ohne hier auf Einzelheiten einzutreten,

darf gesagt werden, daß der Wahlkörper des eidgenössischen Parlaments der Zukunft die schweizerische Volksgemeinschaft nach ihren natürlichen und historischen Gliederungen sein muß.

Die stärkste Regierung wäre in unserem Lande eine Regierung, die direkt vom Volke gewählt wird. Der Bundesrat wendet sich heute schon sehr oft über das Parlament hinweg an das Volk der Eidgenossen. Diese unmittelbare Demokratie kann sehr stark sein, wenn die Regierung vom Vertrauen des Volkes getragen ist. Wir werden auch im Bunde uns der unmittelbaren Demokratie der Landsgemeinde zuwenden müssen, soweit dies praktisch möglich ist. Das Schweizervolk wird, das sollten sich endlich gewisse „Erneuerer" merken, usurpierte Gewalt nie anerkennen; dagegen ist denkbar, daß es seine Vertrauensleute mit großer Gewalt ausstattet.

Auf dem größten Teil des europäischen Kontinents ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung untergegangen. In unserem Lande ist es Sache kluger Staatsführung, daß dieser Untergang nicht von einem Vakuum gefolgt wird. Nicht den Massenkochtopf darf die neue Zeit uns bringen, sondern die individuelle Höchstleistung im Dienste der Gemeinschaft, die Selbstverantwortung jedes Bürgers zugleich mit der Verantwortung der Volksgemeinschaft gegenüber. Geleitete Wirtschaft braucht nicht bürokratisch geleitet zu sein; ein Polizeistaat ist nicht ein starker Staat. Auch in der geleiteten Wirtschaft ist der freie Mensch ihr stärkster Träger.

Und dann dürfen wir das Eine nicht vergessen: Wir bleiben auch in einem neuen Europa ein Kleinstaat. Die Machtseite des Staates kann für uns zurücktreten. Gegenüber dem Großstaat ist unser Kleinstaat nicht ein verkümmerter, sondern ein anderer Staat. Wir können die Leistungsfähigkeit unseres Staates und seiner Menschen erhöhen durch Erweiterung der geistigen Individualsphäre seiner Bürger, weil wir weniger Macht und Gewalt nach außen entfalten müssen.

IV. „The splendid isolation".

Daß wir seit dem Kriege Italiens mit Abessinien unsere Beziehungen zum Völkerbund nach und nach lockerten, hat sich heute als eine sehr weise Politik herausgestellt. Wir erinnern daran, daß diese Politik („Mottapolitik") von einem Großteil unserer öffentlichen Meinung und unserer Presse noch bis vor einem Jahr leidenschaftlich bekämpft wurde. Wir erinnern daran, daß es nicht nur sozialistische, sondern auch bürgerliche Gazetten gab, die damals auf jede englische Propaganda hineinfielen und den Schweizern allen Ernstes zumuteten, italienische Waren zu boykottieren, weil Italien den Negus bekämpfe! Auch die Wiedererlangung der vollen Neutralität im Jahre 1938 fand nicht die ungeteilte Billigung unserer Presse. Tatsächlich ist heute jedermann davon überzeugt, daß dieser Entschluß der Schweiz sehr glücklich war. Aber den Weg, den die Schweiz

seit dem Aufkommen der Macht der totalitären Staaten gehen mußte, den hat der Großteil der schweizerischen Presse nicht gesehen; sie setzte mit fast bewunderungswürdiger Hartnäckigkeit Jahr für Jahr auf das falsche Pferd ...

Wir wollen bleiben, was wir sind und was wir stets gewesen waren: Wir sind nur existenzfähig, wenn wir uns ganz und entschieden von allen fremden Händeln fernhalten und wenn wir das Kunststück fertig bringen, auf unserem kleinen Territorium mit unseren nur 4 Millionen Einwohnern, nach unseren eigenen Gesetzen zu leben. Die Schweiz ist und bleibt ein Einzelfall in der Geschichte, im Völkerrecht, daher auch in der Politik. Durch unsere Leistungen kann diese „isolation" zu einem Segen für uns werden, weil sie uns zu den größten Kraftanstrengungen nötigt.

Schluß.

Eine große Gefahr, die von fast keinem unserer „Erneuerer" richtig erkannt wird, besteht darin, daß wir uns in unserer Geschichte Rat suchen, obschon Zeiten und Menschen andere geworden sind. Wir müssen heute einsehen, daß sich der Verteidigungskampf der Schweiz nicht in den Formen abspielen kann, wie dies zur Zeit der Burgunderkriege der Fall gewesen sein mag. Wir leben in der Zeit des totalen Krieges, in der Zeit der rücksichtslosen Blockade- und Aushungerungsstrategie, des Luftkrieges; die technische Übermacht kann nicht mit heroischen Phrasen beseitigt werden.

Die Schweiz von 1940 ist nicht die Schweiz von 1798, sie ist nicht einmal mehr die Schweiz von 1850. 65 Prozent unseres Volkes sind in Tat und Wahrheit besitzlos (knapp 5 % aller erwerbstätigen Schweizer haben mehr als die Hälfte des sog. Volksvermögens in den Händen). Wir sind nicht mehr ein Bund freier Bauern- und Bürgerrepubliken, sondern wir sind ein Industriestaat auf einer allerdings sehr starken, aber auch äußerst schmalen agrarischen Basis.

Vom Volk, von seinen Rechten und seinen Bedürfnissen aus müssen wir gehen, wenn wir es in das neue Europa führen wollen. In die Mitte jeder politischen Betrachtung und jeder politischen Tat muß also das Phänomen: „schweizerisches Volk" gestellt werden; dieses Volk, das in seinem Kern noch gesund ist, das aber lebensgefährliche organische Leiden aufweist: Zerfall der Familie, Zunahme des Alkoholismus, starker Rückgang der Geburtenzahl, artfremde Infiltration durch eine liberale und unverantwortliche Einbürgerung Assimilationsunfähiger, Konzentration des sog. „Volksvermögens" in einer kleinen Schicht, wachsende Verstädterung (auch die sich in vielen Kantonen langsam entvölkernde Landschaft wird verstädtert, sie versorgt sich aus der Stadt nach amerikanischem Vorbild mit Bedarfsartikeln, sie wird dadurch kulturlos, Landwirt und Landarbeiter werden zu Städtern gleichgeschaltet, die auf dem Lande leben müssen). Die geistige Landesverteidigung kann nur auf diesem Sektor geführt wer-

den. Wir müssen wieder ein gesundes und jugendkräftiges Volk werden, koste es, was es wolle, ein Volk, welches das Leben um des Lebens willen liebt, das wagt, das nicht in Sicherheit leben will, sondern kraftvoll — auch im Frieden. Vergessen wir nie: Der nationale Reichtum, das ist die Jugend und Grund und Boden, das ist Vaterland, nichts anderes, und nicht der Ratsaal der weisen Alten und gar nicht der schweizerische Goldschatz in Amerika!

Die Schweiz vor dem Umbau.

Von **Arthur Mojonnier.**

Seit dem Zusammenbruch Frankreichs und der Abdrängung Englands vom Kontinent ist das politische Gespräch in der Schweiz mehr und mehr auf jene Grundlage gestellt worden, die ihm von Anfang an zuträglicher gewesen wäre. Man beschäftigt sich vorwiegend mit der eigenen Wohnungseinrichtung. Eine eher breite als vertiefte Erneuerungsdiskussion hat begonnen. Während die einen ausgiebig reden, wissen die andern nichts Stichhaltiges zu sagen. Es sind jene, die beharrlich auf dem Holzweg wandeln und immer noch insgeheim hoffen, es möchte alles beim alten bleiben. Man befindet sich im Vorzimmer der Entscheidungen. Man wartet auf eine wegweisende Tat, denn man spürt deutlich: wer heute nicht handelt, der wird behandelt.

Das Dasein ist gefährlich geworden. Die Schwierigkeiten häufen sich, aber sie bringen auch die schöpferischen Leidenschaften in Bewegung und ziehen die Tatkräftigen an. Es gilt, den Lebenswillen der Schweiz wieder einmal von innen her unter Beweis zu stellen und eine neue Beziehung zu der Umwelt zu schaffen. Dieser Auftrag ergibt sich durchaus unbeeinflußt aus unseren politischen Verhältnissen und ist von einer einsichtigen Kritik schon längst erkannt worden. Die Kriegsereignisse ihrerseits, die das Geschehen beschleunigten und zur Umwälzung zusammenballten, haben die Lage des Landes in einen akuten Zustand versetzt.

Die Bereinigung unserer politischen Ordnung muß in ihrem Ansatzpunkt richtig erfaßt werden als die Verarbeitung der neuen Tatbestände, als die notwendigen Folgerungen, die wir aus einem veränderten kontinentalen Kräftespiel, aus einer Umschätzung aller Größen, die das Leben der Völker bestimmen, zu ziehen haben. Damit ist die politische Umbildung eine objektive Verpflichtung, eine schlechthin erforderliche Maßnahme. Wollten wir sie aus Interesse, Parteinahme oder Unverstand verneinen, so laufen wir Gefahr, Opfer unseres Schicksals zu werden anstatt seine Meister. Daher halten wir sehr darauf, die Frage einer Staatsreform von Parteimeinungen zu säubern und auf den festen Boden sach-